



Europäische Kommission
EAGFL

Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung für

Maßnahmen zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen forstwirtschaftlicher Erzeugnisse

nach Nrn. 2.1.2 bis 2.1.8 der Holzabsatzförderrichtlinie (Hafö 2006), in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1257/1999 des Rates vom 17.05.1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums einschließlich Durchführungsverordnung

1. Antragstellerin/Antragsteller

1.1 Name/Bezeichnung	
1.2 Anschrift	Straße: PLZ, Ort:
1.3 Vertretungsberechtigte Personen	
1.4 Auskunft erteilen:	Name: Telefon: Telefax: E-Mail:
1.5 Bankverbindung	Kto-Nr.: BLZ: Bezeichnung des Kreditinstituts:
1.6 Rechtsform	
1.7 Wurde bereits eine Unternehmer- nummer vergeben? (falls nein, bitte Anlage ausfüllen)	Unt-Nr:

2. Maßnahme

2.1 Beschreibung der Maßnahme

Zwingende Angaben: Darstellung der Maßnahme, Art und Zweck der Vorarbeiten (bei Bedarf auf Beiblatt weiterschreiben)

2.2 Ort der beabsichtigten Investition:

PLZ, Ort,

Straße, Nr.

2.3 Durchführungszeitraum

voraussichtlicher Beginn des Vorhabens Monat/Jahr: _____

voraussichtliches Ende des Vorhabens Monat/Jahr: _____

3. Finanzierungsplan (ohne Mehrwertsteuer) und zeitliche Verteilung

3.1 Gesamtkosten der Investition	EUR	
3.2 Eigenanteil	EUR	
3.3 Darlehen (nicht KfW)	EUR	
3.4 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	EUR	
Jahr der voraussichtlichen Fälligkeit	20..	20..
3.5 Nach Hafö beantragter Zuschuss:	EUR	EUR
3.6 zusätzlich zu diesem Antrag beantragte/bewilligte öffentliche Förderung	EUR	

4. Persönliche Erklärungen / Verpflichtungen

Ich erkläre, dass

- 4.1** der beantragte oder bewilligte Zuschuss nicht abgetreten wird,
- 4.2** ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe, dass ich sie durch geeignete Unterlagen belegen kann und dass die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig sind und ich die geförderte Sache zweckentsprechend verwenden werde.
- 4.3** ich die Zahlung nicht eingestellt habe und über mein Vermögen kein Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. ich keine eidesstattliche Erklärung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben habe und die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Ich verpflichte mich auch, bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist ein unmittelbar bevorstehendes Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren oder die Beantragung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen mich unverzüglich dem Forstamt mitzuteilen.

- 4.4** mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages (Auftragserteilung) zu werten).
- 4.5** ich davon Kenntnis genommen habe, dass alle Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) sind und versichere, dass mir die Subventionserheblichkeit von Angaben und Tatsachen sowie die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges bekannt sind.
- 4.6** mir die obigen Richtlinien und EG-Verordnungen sowie Sanktionsregelungen und das Merkblatt zur Hafö-Förderung bekannt sind.
- 4.7** ich davon Kenntnis genommen habe, dass bei Nichteinhaltung aller Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, zu Rückforderungen führen kann und eventuell Sanktionsmaßnahmen gemäß den geltenden EG-Vorschriften verhängt werden müssen.
- 4.8** ich die zur Durchführung des Vorhabens benötigten öffentlichen Genehmigungen der Bewilligungsbehörde auf Verlangen vorlegen werde.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass

- 4.9** die Angaben in und zum Antrag an die für die Maßnahmen des Förderprogramms zuständigen Organe des Landes und der EG übermittelt werden können. Die Erhebung vorstehender Angaben beruht auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes NRW (SGV.NRW. 2010). Die Kenntnis dieser Angaben dient der Überprüfung der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung. Eine Berücksichtigung ist nur möglich, wenn die Angaben in diesem Antrag enthalten sind.
- 4.10** von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Anspruchsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, auf Anforderung vorzulegen sind.
- 4.11** die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben in und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Behörden und Prüforgane kontrolliert werden können, dass ich oder meiner Vertretung dem beauftragten Kontrollpersonal die Flurstücke und Gebäude

bezeichnen und es auf oder in diese begleiten, ihnen das Betretungsrecht, das Recht auf die Entnahme von Proben, ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfenvoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen muss/müssen.

4.12 die Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden.

5. Anlagen

- Grundbuchauszug oder Miet- bzw. Pachtvertrag mit Einverständniserklärung des Eigentümers/der Eigentümerin
- ausgefülltes Formular zur Anmeldung einer Unternehmensnummer, falls noch nicht vergeben
- Antragsunterlagen und Bescheide weitere öffentliche Förderung betreffend
- Nachweis zur Höhe der Gesamtausgaben / Investitionskosten (z.B. DIN-Berechnung, Angebote, ab einer beantragten Fördersumme von 100.000 EUR die Unterlagen der öffentlichen Ausschreibung nach VOB / VOL...)
- ab einer Investitionssumme über 250.000 EUR ist die Auslastung der Kapazitäten und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme darzulegen
- gegebenenfalls Nachweis über Waldbesitz
- Auszug aus dem Handels- bzw. Genossenschaftsregister oder Gewerbeschein bei gewerblichem Antragstellern
- Vollmacht der gesetzlichen Vertretung
- Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag, wenn Verein oder Gesellschaft
- bei holzbe- und verarbeitendem Betrieb Erklärung, dass es sich um ein kleines oder mittleres Unternehmen handelt.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Vom Forstamt auszufüllen

Antrag vollständig (mit Anlagen)	Antrag plausibel
☐ ja	☐ ja
☐ nein	☐ nein

Antrag in InVeKoS-Forst erfasst am:

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift